

Presseerklärung zur Demonstration in Boizenburg am 22.12.07

"Ich fühle mich heute sicherer," sagte der kurdische Asylbewerber C. heute auf dem Markplatz in Boizenburg / Elbe bei der Kundgebung einer Demonstration gegen rassistische Gewalt. Dieses Gefühl war ein Ergebnis einer entschlossenen Protestaktion von fast 500 Menschen, die vom Boizenburger Bahnhof in die Altstadt und von dort wieder zurückzogen. Vier Wochen vorher war der Kurde alleine vorm Bahnhof in Boizenburg von bis zu 20 Rassisten krankenhausaufenthalt geschlagen worden. Nach drei Tagen Krankenhausaufenthalt musste der im Lager Horst zwischen Boizenburg und Lauenburg lebende Flüchtling selber Anzeige erstatten.

Unterstützend für die ortsansässige Gruppe Courage und andere Boizenburger BürgerInnen -- u.a. vertreten durch den Bürgermeister -- hatten antirassistische, demokratische, linke und antifaschistische Gruppen aus Hamburg und anderen Teilen Norddeutschlands zu dieser Demonstration aufgerufen. Noch am Mittwoch zuvor versuchten rechtsextreme Demagogen (u.a. der NPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag) eine Diskussionsveranstaltung in der Boizenburger Marienkirche für ihre ausländerfeindliche Hetze zu missbrauchen, bis der Pastor Gott-sei-Dank von seinem Hausrecht Gebrauch machte. Aufgrund dieses Vorgehens der Rechtsextremen sahen sich die Veranstalter gezwungen, den Weg durch die Stadt als eine geschlossene und geschützte Demonstration durchzuführen, die für Nazis oder ihre Angriffe keinen Platz bot. Die OrganisatorInnen der Demonstration machten von Beginn an klar: Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen.

Für den von rassistischen Gewalttätern brutal zusammen geprügelten C. ist "der Angriff gegen mich ein Angriff gegen die in Deutschland lebenden Menschen nicht-deutscher Herkunft." Er freute sich über die machtvolle Demonstration, weil sie ihm -- jedenfalls für den Moment -- ein Stück Sicherheit zurückgibt, was den Flüchtlingen in Boizenburg oft genug fehlt: die Sicherheit sich ungefährdet und frei bewegen zu können.

Diese Bewegungsfreiheit wird nicht nur durch rassistische Gewalttaten, sondern auch durch die sog. Residenzpflicht eingeschränkt, die es den Flüchtlingen verbietet, den Landkreis, dem sie zugewiesen wurden, zu verlassen. Das führt in Horst dazu, dass die Flüchtlinge nicht nach Lauenburg gehen dürfen, obwohl dies näher ist und sich viele dort sicherer fühlen als in Boizenburg. Und die im Lager kasernierten Menschen sind davon bedroht, in ihre Länder abgeschoben werden, auch wenn dort Krieg herrscht. Allein am Tag der Demonstration und am Vortag wurden von dort vier Flüchtlinge in den Irak abgeschoben.

kein mensch ist illegal, Hamburg